



«Der Druck, den wir spüren, hat oft wenig mit der Leistung zu tun»:
Skistar Lara Gut-Behrami im Interview

Seite 42

Der Pizolgletscher ist praktisch weg – eine letzte Begehung

Seite 49

Street-Food: Triumph des «Güggeli-Mobils»
Magazin

3. Oktober 2021 | Nr. 40 | NZZaS.ch | Fr. 6.50 | € 6.50

NZZ am Sonntag

Das Auto als Spion: Was die Hersteller alles überwachen

Unbemerkt sammeln Firmen Daten über die Autofahrer. Erfasst wird alles, von der Route über den Fahrstil bis zum Musikgeschmack.

Daniel Meier

Moderne Autos zeichnen ständig ihre exakte Position auf. Sie registrieren, wie schnell man fährt, wie häufig man abrupt bremst und sogar ob das Tempolimit eingehalten wird. Aus der individuellen Sitzposition können Autofirmen schliessen, welches Familienmitglied gerade am Steuer sitzt. Auch Statistiken zur Nutzung des Unterhaltungssystems werden abgelegt, zum Beispiel welche Musik oft abgespielt wird.

Viele der Daten werden nicht nur auf dem Bordcomputer gespeichert, sondern gleichzeitig per Mobilfunknetz an die Autohersteller geschickt. Dort bleiben sie auf einem Server, man verar-

beitet sie und gibt sie teilweise an Dritte weiter. So nutzen etwa Versicherungen die Messwerte zum Fahrstil, um jene Kunden, die defensiv unterwegs sind, mit tieferen Prämien zu belohnen.

Dass die Angaben an sie gesendet werden, bestreiten die Hersteller nicht. Sie erklären, man halte alle Datenschutzregeln ein. Zudem bestimme stets der Kunde, welche Informationen erfasst und für Dritte freigegeben werden. Allerdings wird in Kaufverträgen deutlich darauf hingewiesen, man müsse auf verschiedene Dienste verzichten, sofern man die Datennutzung verweigere.

Unklar bleibt, was die Branche mit der Informationsflut anstellt. Das Wissen über die Kunden fliesst gemäss Herstellern in die Entwicklung neuer Modelle ein. Ausserdem will man die Daten für allerlei Marketingzwecke auswerten.

Seite 20

Lehrer müssen sich bei Schülern bewerben

In zwei Zürcher Schulen können Schüler bei der Neuanstellung von Lehrkräften mitreden. Sie führen mit ihnen Gespräche und geben ihr Urteil ab. Interessanterweise stehen für die Fragenden soziale Themen im Vordergrund, wie etwa der Umgang der Lehrperson mit Mobbing oder privaten Problemen der Schüler. Das Modell kommt in Schulkreisen

gut an. Der Präsident des Schulleiterverbandes Thomas Minder spricht von einer «tollen Idee». «So erhalten die Kinder und Jugendlichen noch mehr Wichtigkeit.» Schülermitsprache liegt im Trend. Es brauche Mut, lohne sich aber, sagt eine Expertin. (rd.)

Seite 12
Kommentar Seite 19



Ich kaufe mir einen Pass

Das Geschäft mit Staatsbürgerschaften boomt seit Ausbruch der Pandemie. Einige Länder verkaufen einen Pass ab 100 000 Dollar. Pionier in diesem 25-Milliarden-Markt ist ein Schweizer.

Seite 25

Flugverkehr: Nun droht Impfpflicht für Passagiere

Das Flugpersonal der Swiss muss sich entscheiden: sich gegen Corona impfen lassen oder den Job verlieren. Auch Passagiere haben immer seltener die Wahl. Mehr und mehr Länder verlangen einen Impfnachweis bei der Einreise. Testen allein gilt nicht, etwa in Kanada und ab November auch in den USA. «Auch die Passagiere müssen sich Gedanken machen. Es ist wahrscheinlich, dass weitere Länder dem Beispiel Amerikas folgen und man künftig nur noch geimpft fliegen und einreisen kann. Es bringt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken», sagt Sandrine Nikolic, Präsidentin der Gewerkschaft Kapers. So hat die australische Qantas bereits angekündigt, nur geimpfte Passagiere transportieren zu wollen.

Derweil hat die Swiss die Rückerstattungen für wegen Corona annullierte Flüge fast abgearbeitet. Sie hat 1,9 Millionen Anträge überprüft und bis Ende August 940 Millionen Franken an Passagiere zurückbezahlt. (mkf.)

Seite 29
Kommentar Seite 19

Merck bringt Covid-19-Pille

Der US-Pharmakonzern Merck will das Corona-Medikament Molnupiravir, welches das Risiko einer Spitalweisung halbieren soll, sofort auf den Markt bringen. Er hat bei der Zulassungsstelle FDA eine Notfallzulassung beantragt. Auch Roche ist kurz davor, ein Präparat zu lancieren. (frp.)

Seite 31

FEDERNDES GOLD

Ein technisches Wunder.

Zermatt: Juwelier Schindler • Zug: Lohri • Basel: Seiler • Bern: Zigerli+Iff • Samnaun: Zegg • Ascona: Zenger • Olten: Adam
St. Gallen: Labhart Chronometrie • Luzern: Les Ambassadeurs • Chur: Zoppi • Zürich: Les Ambassadeurs und Beyer

WAHRE WERTE
Wellendorff



Wirtschaft

Boarding nur mit Piks

Was für das Swiss-Personal gilt, droht auch Passagieren: dass die Impfung Pflicht wird **29**

Pille gegen Covid-19

Gleich mehrere Medikamente könnten bald auf den Markt kommen **31**

Geschäft mit Pässen: «Der Boom stellt alles Bisherige in den Schatten»

Die Nachfrage nach Staatsbürgerschaften ist seit Corona explodiert. Mittendrin ist der Schweizer Christian Kälin – bekannt als «Passport King». Er gibt Einblick in ein Geschäft mit einem Volumen von 25 Milliarden Dollar. **Interview: Albert Steck**

NZZ am Sonntag: Sie vermitteln mit Ihrer Firma Henley & Partners Aufenthaltsbewilligungen und Staatsbürgerschaften. Wer braucht Ihren Service?

Christian Kälin: Als Schweizer merken wir gar nicht, wie wertvoll unsere Staatsbürgerschaft ist. Ganz anders ist es für Menschen, die zum Beispiel in Südafrika leben. Ihnen helfen wir, ihre Mobilität und Sicherheit zu verbessern. Die Corona-Pandemie hat die Nachfrage zudem massiv erhöht. Viele Leute fragen sich heute, wo sie ihren nächsten Lockdown verbringen wollen.

Wie stark ist der Zuwachs nach der Pandemie?

Der jüngste Boom stellt alles Bisherige in den Schatten. Wir verzeichnen 50 Prozent mehr Kundenanfragen. Vor allem kommt die Nachfrage aus völlig neuen Segmenten, zum Beispiel aus Italien oder den USA. Wegen Corona waren die Grenzen weltweit geschlossen. Auch in Europa wurde der freie Personenverkehr gestoppt. Das war für viele Leute ein Schock. Nur mit einem zweiten Pass oder einer Aufenthaltsbewilligung blieb ihre persönliche Freiheit intakt.

Weltweit nehmen die politischen Spannungen zu. Spüren Sie das ebenfalls?

Die politische Unsicherheit ist ein weiterer Faktor: Als Amerikaner möchte ich in vielen Regionen lieber nicht meinen US-Pass vorzeigen, wenn ich im Hotel oder am Flughafen einchecke.

Allerdings können sich nur reiche Leute einen zusätzlichen Pass oder ein «Golden Visa» leisten. Fördern Sie eine Zweiklassengesellschaft?

Dieser Vorwurf kommt regelmässig. Natürlich haben wir sehr reiche Kunden. Die meisten jedoch leben in ziemlich mittelständischen Verhältnissen. In der Karibik zum Beispiel können sie für 100 000 bis 150 000 Dollar für die ganze Familie eine zweite Staatsbürgerschaft erwerben. Ich kenne Familien, denen ein Pass so wichtig ist, dass sie die Hälfte ihres freien Vermögens dafür ausgegeben haben.

Trotzdem führt das System zu einer neuen Ungerechtigkeit.

Dieses Argument ist absurd. Denn die Staatsbürgerschaft ist per se ungerecht. Eigentlich handelt es sich um ein Vermächtnis aus der Feudalzeit: Entweder bin ich wohlgeboren, etwa als Schweizer, oder ich bin zum Beispiel Afghane und habe dadurch viel schlechtere Karten im Leben. Ungerechter geht es nicht. Wer in einer zivilisierten Gesellschaft aufwachsen konnte, hatte einfach Glück.

Halten Sie es für besser, wenn der Pass eine Frage des Geldes wird?

Es gibt schon heute viele Wege zu einer Staatsbürgerschaft. Wer auf einem Gebiet Talent hat, bekommt sehr rasch ein Visum. Davon profitieren etwa Sportler oder Künstler. Dasselbe gilt bei einem Mangel an Arbeitskräften. Australien sucht dringend gute Ärzte und Pflegepersonal. Unsere Tätigkeit verringert diese Ungerechtigkeit, wenn wir jemandem zu einer zweiten Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltsbewilligung verhelfen.

Ihre Kritik am System der Staatsbürgerschaften wirkt radikal: Wollen Sie diesen wichtigen Pfeiler unserer politischen Verfassung abschaffen?

Die direkte Demokratie der Schweiz ist ein besonderer Fall, der sich nicht auf andere



Christian H. Kälin

Der 49-jährige Schweizer ist Präsident und Teilhaber von Henley & Partners, dem Marktführer beim Vermitteln von Staatsbürgerschaften und Aufenthaltsbewilligungen durch Investition. Kälin promovierte an der Universität Zürich in Recht. Bereits in seiner Doktorarbeit befasste er sich mit der Vergabe von Staatsbürgerschaften an Investoren und erkannte das ökonomische Potenzial. Er ist Autor mehrerer Standardwerke zum Thema und Mitherausgeber des «Quality of Nationality Index», eines weltweit beachteten Länder-Rankings. (sal.)

Im Jahr 2006 erhielten wir vom Karibikstaat St. Kitts and Nevis das Mandat, ein skalierbares Programm zum Erwerb der Staatsbürgerschaft aufzubauen. Dieses wurde durch unsere Arbeit zum erfolgreichsten der Welt.

Es hat dem Staat bis zu ein Drittel aller Einnahmen finanziert.

Dieses Geld hat St. Kitts and Nevis vor dem Ruin gerettet. Denn der Kollaps der Zuckerindustrie und danach die Finanzkrise hatten das Land hart getroffen. Stattdessen erlebt es seither einen kräftigen Aufschwung. Der Erfolg hat viele Staaten weltweit bewegt, ebenfalls solche Programme einzuführen.

Doch der Boom hat auch zu Kritik geführt. Ein Vorwurf ist die geringe Transparenz: Wer ein Visum oder einen Pass erwirbt, bleibt meistens im Verborgenen.

Ich bin für Offenheit: Die Staaten sollen deklarieren, wer eine Staatsbürgerschaft erhält. Dann sieht jeder, dass keine Probleme daraus entstehen. Doch ausgerechnet in Malta, wo die Kritik am lautesten war, ist das Programm besonders transparent. Dort werden sämtliche Namen publiziert. Andere Länder wie Österreich sind weniger offen.

Diese Programme werden auch mit Geldwäscherei oder Korruption in Verbindung gebracht. Das schadet dem Ansehen Ihrer Branche.

Solche Anschuldigungen entbehren jeder faktischen Grundlage. Der Anteil problematischer Personen ist deutlich tiefer als bei den übrigen Migranten. In den Ländern der EU werden jedes Jahr 700 000 Personen eingebürgert, während über die Programme in Malta, Österreich oder Zypern nur etwa 1000 Personen jährlich einen Pass erhalten. Und diese werden genauestens geprüft – ganz im Gegenteil zu den anderen 99%.

Bei den «Golden Visa» sind die Zahlen aber deutlich höher.

Das stimmt, in Spanien, Portugal oder Griechenland sind es ein paar zehntausend. Auch hier aber sind es sehr genau geprüfte Investoren. Zum Vergleich: Allein Polen vergibt jedes Jahr 750 000 Aufenthaltsbewilligungen – vor allem an Arbeitskräfte, von denen 90% Ukrainer sind. Die Gefahr eines Missbrauchs ist hier viel grösser.

Trotzdem kritisiert die EU die «Golden Visa»-Programme regelmässig.

Bereits zwei Drittel der EU-Länder haben solche Programme – und diese stossen auf



Die Staatsbürgerschaft ist per se ungerecht. Eigentlich handelt es sich um ein Vermächtnis aus der Feudalzeit.

Länder übertragen lässt. Eine solche Mitsprache in der Politik gibt es sonst nirgends. Die meisten Menschen auf der Welt leben vielmehr in autokratisch regierten Staaten. Ein Bürger in Vietnam zum Beispiel hat vor allem Pflichten, aber kaum politische Rechte. Selbst in westlichen Demokratien verstehen die Leute ihre Staatsbürgerschaft primär als Kosten-Nutzen-Rechnung: Wie viel Steuern bezahle ich? Und was erhalte ich in Form von Sozialleistungen und Infrastruktur? Dagegen hat die politische Mitsprache eine viel geringere Bedeutung, als man glaubt.

Sie sind der Pionier im Geschäft mit den «Golden Visa» – und gelten als «Passport King». Wie ist es dazu gekommen?

Die Bezeichnung «Passport King» stammt von Bloomberg, seither werde ich mit der Branche personifiziert. Doch eigentlich ist die Praxis uralte. Bereits in der Bibel wird der Apostel Paulus bei seiner Verhaftung vom römischen Offizier gefragt, ob er Römer sei. Dabei erzählt der Offizier, er habe seine Nationalität für teures Geld erkaufte.

Wie hat es Ihre Firma geschafft, die Branche so klar anzuführen?

Sein Geschäft mit Pässen habe die Karibikinsel St. Kitts and Nevis vor dem Ruin gerettet: Christian Kälin berät viele Regierungen.

Geschäft mit ...

Fortsetzung von Seite 25

eine grosse Nachfrage. Das ist die Realität. Die EU macht einen Fehler, wenn sie diese Fakten ignoriert. Zudem darf sie bei der Vergabe von Staatsbürgerschaften gar nicht hineinreden. Zuständig sind allein die jeweiligen Staaten.

Stimmen Schätzungen, wonach der Markt bereits ein weltweites Volumen von 25 Milliarden Dollar erreicht?

Das trifft in etwa zu. In Griechenland zum Beispiel hat das Programm geholfen, den Immobilienmarkt zu stabilisieren. Deshalb sollte die EU anerkennen, dass viele Mitgliedsländer stark profitieren und damit auch die gesamte EU.

Ihre Firma Henley & Partners ist auf beiden Seiten aktiv: Sie helfen Kunden, ein Visum oder einen Pass zu kaufen. Zudem beraten Sie Länder beim Aufbau der Programme. Welche gehören dazu?

Das sind zunächst mehrere Länder in der Karibik. In Europa zählen Malta oder Griechenland zu unseren Kunden. In Asien hat uns Thailand beauftragt, das Niederlassungsprogramm weltweit zu vermarkten. Auch in Australien sind wir aktiv. Staaten wie auch die privaten Kunden tragen je etwa zur Hälfte zum Ertrag bei. Weltweit sind wir an über 35 Standorten aktiv.

Unter den privaten Kunden hat es viele Chinesen, Russen oder Türken - Personen aus autokratisch regierten Ländern. Untergraben Sie nicht die Macht dieser Regierungen, wenn Sie Leute zur Auswanderung verführen?

Für Chinesen sind doppelte Staatsbürgerschaften nicht erlaubt, für sie kommen nur Aufenthaltsbewilligungen infrage. Der Trend geht aber in die andere Richtung: Immer mehr Länder erlauben einen zweiten Pass, inzwischen sind es bereits etwa zwei Drittel.

Sprechen wir über die Schweiz: EU-Bürger kommen sehr einfach zu einer Niederlassung. Dagegen sind die Hürden für Personen aus der restlichen Welt umso höher. Finden Sie diese Zweiteilung gut?

Tatsächlich ist eine Aufenthaltsbewilligung für Nicht-EU-Bürger sehr teuer. Sie müssen hier entweder investieren oder hohe Steuern bezahlen - etwa 250 000 Franken pro Jahr. Doch die Schweiz ist attraktiv. Deshalb ergibt dieses System Sinn.

Wie kommt ein Amerikaner dennoch in die Schweiz?

Für ihn kann es sich lohnen, zuerst die Staatsbürgerschaft



Wo Sie geboren sind, entscheidet über Ihr ganzes späteres Leben – den Wohlstand und die Gesundheit.

von Malta zu erwerben. Danach ist er EU-Bürger und kann problemlos in die Schweiz ziehen. Aus diesem Grund erscheinen in der Statistik überproportional viele Zuzüger aus Malta oder Zypern. An Beliebtheit gewinnt ebenso Montenegro, weil das Land dereinst der EU beitreten könnte und ein Zweitpass dort weniger kostet.

Sie beschäftigen sich nicht nur beruflich mit Migration, sondern ebenso als Philanthrop. Warum unterstützen Sie Projekte für Flüchtlinge?

Wo Sie geboren sind, entscheidet über Ihr ganzes späteres Leben - den Wohlstand und die Gesundheit. Diese «Lotterie der Geburt» beschäftigt mich seit meiner Kindheit. Die von mir gegründete Andan Foundation hilft Flüchtlingen, eine neue Existenz zu gründen. Zudem planen wir den Bau einer Stadt für Flüchtlinge.

Als Gegenmodell zu den heutigen Flüchtlingslagern?

Camps verschlingen viel Geld und ermöglichen trotzdem kein würdiges Leben. Deshalb wollen wir eine Stadt errichten, die den Flüchtlingen einen sicheren Rechtsrahmen bietet und von ihnen selbst verwaltet wird. Hier sollen die Menschen eine neue Existenz aufbauen können, wie früher zum Beispiel die europäischen Auswanderer in den USA. Der Plan ist ambitioniert, aber wir müssen es versuchen.

Sie sind viel auf Reisen. Wie viele Pässe besitzen Sie selbst?

Es sind einige, mehr möchte ich nicht verraten. Die meiste Zeit verbringe ich in London. Trotzdem bleibe ich ein Schweizer-Fan, der Schweizer Pass ist für mich der wichtigste.

So viel kostet eine Aufenthaltsbewilligung oder ein Pass

Übersicht zu ausgewählten Ländern

Investition für eine Niederlassung ¹		Investition für eine Staatsbürgerschaft	
Lettland	60 000 €	Antigua	100 000 \$
Griechenland	300 000 \$	St. Lucia	100 000 \$
Portugal	400 000 \$	St. Kitts	195 000 \$
Italien	600 000 \$	Türkei	250 000 \$
Spanien	600 000 \$	Montenegro	400 000 \$
Irland	600 000 \$	Jordanien	750 000 \$
USA	900 000 \$	Malta	900 000 \$
Schweiz	250 000 Fr. ²	Österreich	ca. 9 000 000 \$

¹ Als einmalige Investition gilt i. d. R. auch der Kauf einer Immobilie.
² Für Nicht-EU-Bürger: wiederkehrende Pauschalsteuer pro Jahr

Quelle: Henley & Partners

Ambitioniertes Projekt

Flüchtlinge sollen eine Modellstadt erhalten

Die Zahl der Flüchtlinge auf der Welt hat sich innerhalb von nur zehn Jahren verdoppelt. Inzwischen registriert die Uno über 80 Mio. Menschen, die gewaltsam vertrieben wurden. Ein grosser Teil dieser Flüchtlinge lebt eingesperrt in Lagern – nicht nur vorübergehend. Im Schnitt verbringt ein Bewohner 17 Jahre seines Lebens in einem solchen Camp.

Christian Kälin fordert deshalb, die Politik müsse ihren Umgang mit Flüchtlingen grundlegend ändern. «Heute gelten diese primär als Kostenfaktor – meistens dürfen sie nicht einmal arbeiten», kritisiert er. «Stattdessen sollten wir das produktive Potenzial dieser Menschen fördern, denn oft zählen sie zu den motiviertesten überhaupt.»

Die von Kälin gegründete Andan Foundation arbeitet daher am Projekt einer Modellstadt für Flüchtlinge. Als historische Vorbilder dienen ihm Stadtstaaten wie Hongkong, Singapur oder Dubai, welche

selbstverwaltet einen grossen Wohlstand erreicht haben. «Entscheidend ist, dass eine solche Stadt einen stabilen rechtlichen Rahmen erhält.»

Kälin rechnet mit Investitionen in der Grössenordnung von 700 Mio. \$, wobei er primär private Kapitalgeber im Visier hat. Namen von Partnern will er nicht nennen, doch die bisherige Resonanz sei sehr positiv, insbesondere in der Technologiebranche. «Es handelt sich um ein humanitäres Projekt, das gleichzeitig einen interessanten Businessplan bietet.»

Unternehmen erhalten die Chance, eine topmoderne Infrastruktur aufzubauen und neuartige Systeme der Nachhaltigkeit zu realisieren. Wer das Risiko einer Investition eingehe, könne zusätzlich von steigenden Landpreisen profitieren.

Die Zahl der Bewohner bezieht Kälin in einer ersten Phase auf mehrere zehntausend, doch würden sich mit der Zeit Millionen Menschen in solchen Städten ansiedeln. «Der Trend zur

Urbanisierung geht weiter. Nur mit neuen Städten können wir die ökologischen Herausforderungen bewältigen.»

Zu den Förderern des Projekts gehört Stephen Klimczuk-Massion. Als Strategieberater bei Kearney und früher beim World Economic Forum ist er global vernetzt. «Die westlichen Länder müssen kreativer über die ungelöste Flüchtlings- und Migrantenkrise nachdenken», sagt er. Und erinnert daran, dass Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ebenfalls über 10 Mio. Vertriebene zählte. «Länder wie Kanada, Australien oder die USA verdanken ihren Erfolg zum grossen Teil den Immigranten. An diesem Modell sollten wir uns orientieren.»

Kälin ist in Kontakt mit mehreren Staaten, um Territorium in einem wenig besiedelten Gebiet zur Verfügung zu stellen. An möglichen Landflächen mangle es nicht, betont er, höchstens an der Bereitschaft, sich auf eine visionäre Idee einzulassen. (sal.)



Die CS hat die kollabierten Greensill-Fonds aktiv vermarktet.

Polizei filzt Büros der Credit Suisse

Nach der Greensill-Pleite haben die Behörden Dokumente bei der Credit Suisse beschlagnahmt und ein neues Verfahren eröffnet. **Albert Steck, Jürg Meier**

Wenn die Polizei bei einer Bank einmarschiert, verheisst das wenig Gutes. Laut Informationen der «NZZ am Sonntag» kam es unter anderem in Zürcher Büros der Credit Suisse Mitte letzter Woche zu einer Hausdurchsuchung und der Beschlagnehmung von Dokumenten.

Auf Anfrage bestätigt die Bank: «Im Rahmen eines behördlichen Verfahrens, das sich nicht gegen die Credit Suisse richtet, hat es Datensicherungen gegeben.» Weiter schreibt die CS, sie kooperiere vollumfänglich mit den Behörden. Da es sich um ein laufendes Verfahren handle, könne man sich nicht weiter dazu äussern.

Die Zürcher Staatsanwaltschaft teilt mit, sie habe ein Verfahren gegen einen Exponenten von Greensill Capital sowie gegen Unbekannt eröffnet. Sie hält zudem fest: «Gegen bestimmte ehemalige und aktuelle Mitarbeitende des Credit-Suisse-Konzerns ist bisher keine Strafuntersuchung eröffnet worden.»

Auslöser des Verfahrens ist offenbar das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco). Ein Sprecher bestätigt, das Seco habe im Fall Greensill einen Strafantrag wegen Widerhandlung gegen das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) eingereicht.

Die Credit Suisse gehört bis jetzt nicht zu den Beschuldigten. Für die Bank ist somit klar: Die Verantwortung für die Verluste, welche grosse Fondsanleger diesen Frühling erlitten haben, liegt bei der Firma Greensill Capital. Das ist die Finanzierungsgesellschaft, welche die 10 Mrd. \$ schweren CS-Fonds managte.

Doch die Hausdurchsuchung bringt nun eine neue Dimension in dieses Verfahren. Wie ein In-

sider berichtet, betraf die Aktion der Polizei mehrere bestehende oder frühere Mitarbeitende der Credit Suisse.

Das Seco will sich nicht näher zu den Beweggründen für die von ihr angestregte Untersuchung äussern. Naheliegender wäre allerdings, dass diese prüfen soll, ob die Risiken der Greensill-Fonds gegenüber den Anlegern falsch deklariert waren und wer dafür verantwortlich ist.

Da die Untersuchung auch gegen Unbekannt läuft, könnten die Behörden nun zusätzlich die Rolle der Credit Suisse unter die Lupe nehmen. Die Grossbank hatte die Fonds mit Lieferantenrechnungen als risikoarm angepriesen. Inzwischen ist allerdings der Verdacht aufgekommen, Fondsverantwortliche könnten darin unerlaubt fiktive Rechnungen verbucht haben.

Ein Jurist, der geschädigte Investoren vertritt, bezeichnet die Hausdurchsuchung als «positive Entwicklung» für die Anleger. Dies gebe ihnen die Möglichkeit, bei einer Strafklage Zugriff auf die beschlagnahmten Dokumente zu erhalten. Allerdings könnte die CS auf juristischem Weg versuchen, ihnen die Einsicht in diese Akten zu verweigern.

Wie hoch die Verluste für die Anleger ausfallen, bleibt weiter offen. Von den ursprünglichen Investitionen von 10 Mrd. \$ wurden bis jetzt 7 Mrd. \$ zurückerstattet. Von den restlichen Forderungen gelten laut Experten 1 bis 2 Mrd. \$ als akut gefährdet.

Die Credit Suisse selbst hat eine interne Untersuchung in Auftrag geben, um die Gründe für den Kollaps der Greensill-Fonds zu eruiieren. Laut Medienberichten hätten mehrere Führungspersonen der Bank interne sowie externe Warnungen ignoriert. Einige Kaderleute mussten in der Folge zurücktreten, so auch die Risiko-Chefin Lara Warner. Die Bank will ihre eigene Untersuchung in den nächsten Wochen präsentieren.



Martina Ruch
CEO, Ruch Metallbau AG
Absolventin Intensivstudium KMU

Neuen Blickwinkel erhalten.



Wissen schafft Wirkung.

Weiterbildungen für unternehmerische Persönlichkeiten aus KMU
kmu.unisg.ch